



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Adolf Glarner †. — Rück- und Ausblick. (II.) — Feuilleton: Die Technik der modernen Zeitungsillustration. (III.) — Aus dem Genossenschaftsleben. — Korrespondenzen (Braunschweig, Stendal). — Rundschau. — Briefkasten. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeige.
Beilage: Kassenbericht vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1913.

Für die Woche vom 25. bis 31. Januar 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 5 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Der Tarifkampf der Oesterreichischen Buchdrucker-Arbeiter und Arbeiterinnen hat zu einem allgemeinen Ausstand in allen Druckorten Oesterreichs geführt. — Die Unternehmer machen die größten Anstrengungen, durch Inierate in der bürgerlichen Presse sowohl, als auch durch die Vermittlung von Streikbrecheragenten in Deutschland Personal anzuwerben.

Wir warnen vor der Annahme solcher Arbeitsangebote.

Sämtliche Druckereien Oesterreichs sind für Verbandsmitglieder gesperrt!

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Adolf Glarner †.

Am Abend des 13. Januar ging uns die Mitteilung zu, Glarner ist gestorben. Eine Woche vor Weihnachten erkrankte Glarner an einer Blutvergiftung. Eine kleine Wunde an der Hand entzündete sich und schien nach einigen Tagen in der Besserung zu sein, da plötzlich traten heftige Schmerzen bei der Niere ein und es stellte sich heraus, daß die Vergiftung nach innen gezogen ist. Am 30. Dezember wurde unser Glarner ins Krankenhaus gebracht und hat dort voller Schmerzen bis zum Mittag des 13. Januar gelegen. Mit Glarner ist einer unserer alten Kollegen in Hamburg aus dem Leben geschieden, der sich redlich Mühe gegeben hat, die Kollegenschaft in ihrem Streben nach besserer Lebenshaltung in jeder Weise zu unterstützen.

Glarner ist in Hamburg am 4. Oktober 1872 geboren und hat seine ersten Lebensjahre im

Waisenhause und später bei guten Pflegeeltern verlebt. Aus der Schule entlassen, sollte er Buchdruckmaschinenmeister lernen. Aber im dritten Lehrjahre verhinderte ein widriges Geschick, daß er auslernen konnte; zwei verkrüppelte Finger hat er als Andenken aus seinen Lehrjahren zurückbehalten.

Mit Beginn des 18. Lebensjahres ist Kollege Glarner als Anleger wieder in eine Druckerei eingetreten und als er hörte, daß sich eine Organisation gebildet hatte, schloß er sich sofort der jungen Vereinigung an. Bald sehen wir ihn in den vordersten Reihen und nach zwei Jahren als ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft seiner Kollegen. Wer erinnert sich mit uns dieser ersten Anfänge unserer Gewerkschaftsbewegung? Am 1. Juni des Jahres 1893 ist unser Adolf Glarner Mitglied der Organisation geworden und diese Organisation steckte so recht noch in den Kinderschuhen. — Der Gedanke unter der Hilfsarbeiterschaft, sich zu organisieren, um bessere Verhältnisse an Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Druckereien zu bringen, wollte und wollte nicht aufkommen. Da hieß es nun arbeiten, und das hat Kollege Glarner getan. Druckereiverfassungen über Druckereiverfassungen wurden abgehakt, um nur erst einmal den Gedanken der Organisation unter die Kollegenschaft zu bringen. Immer freudig voran ging der Kollege Glarner und wie in der Agitation er immer der Ersten einer war, so auch später bei Verhandlungen mit den Prinzipalen. Mit kurzen Unterbrechungen war er bis zum Jahre 1912 im Vorstand tätig und die mit ihm zusammen gearbeitet haben, betrachteten ihn als Freund. Auch wo er persönlich helfen konnte, tat er es, ohne erst lange aufgefordert zu werden und mancher unserer Kollegen steht wohl heute noch in seiner Schuld.

Bei Gründung des Verbandes ist Kollege Glarner ebenfalls mit tätig gewesen. Wir sehen ihn auf dem Gründungskongreß, der in Berlin im Jahre 1898 vom 29. Mai bis 1. Juni stattfand, auf den Verbandstagen in Halle, München, Bremen und zuletzt in Berlin als Vertreter der Zahlstelle Hamburg. Immer, wenn wir die ersten 25 Jahre der Geschichte der Hamburger Zahlstelle nachschlagen werden, wird uns der Name Glarners als einer der beliebtesten im Vorstande auffallen. Neben seiner Verbandsarbeit hat es unser Adolf nie versäumt, auch in der Arbeiterbewegung alle Kleinarbeit mit zu verrichten und erst seine Tätigkeit als Redaktionsbote für das „Hamburger Echo“ hat ihn gezwungen, sich im letzten Jahre von der Tätigkeit in der Gewerkschaft zurückzuziehen. Als Gewerkegeheimnisbesitzer war er in neuen Jahren ebenfalls bestrebt, im Interesse seiner Klasse zu arbeiten. So hat er sein Leben mit Arbeiten für die moderne Arbeiterbewegung im allgemeinen und für uns im besonderen ausgefüllt und wir danken ihm so manches und hoffen, ihn doch wieder in unsere Mitte zu bekommen. Nun hat der unerbittliche Tod unserem Hoffen ein Ende gemacht. Wenn wir ihn auch nicht mehr unter uns finden, so bleibt ihm unser Andenken in der ehrendsten Weise und

wir wünschen Dir, Du Freund und Kollege, daß die Erde Dir leicht werde.

Der Vorstand der Zahlstelle Hamburg.

Als die Nachricht zu uns kam, daß Adolf Glarner gestorben ist, konnten wir es kaum glauben, denn noch vor einigen Wochen in der sehr wichtigen Novemberversammlung 1913 in Hamburg war Adolf Glarner frisch und gesund am Platze. Er diskuterte mit uns über das wichtige Thema „Die tarifliche Situation im Gewerbe“ und teilte mit uns die Ansicht, daß die gegenwärtige Situation mit besonderer Umsicht im Interesse der Kollegenschaft Beachtung finden müsse, was auch durch einen in der Versammlung angenommenen Antrag allseitig zum Ausdruck kam. Und nun, nach so kurzer Zeit, hat ihn der Tod abgerufen, viel zu früh für unsere Hamburger Kollegenschaft, deren Wünsche und Schmerzen er gut kannte, und viel zu früh auch für seine Familie, denn er war erst 41 Jahre alt.

Wir älteren Kollegen und Kolleginnen, die die Vorarbeiten zur Verbandsgründung mitgemacht haben, erinnern uns besonders dann der Mitbegründer des Verbandes, wenn der Tod eine neue Lücke in die überhaupt schon recht lichten Reihen der Verbandsgründer reißt.

Es war eine Zeit der mühevollsten Arbeit, als wir begannen, unser Verbandshaus mit den allerbescheidensten Mitteln zu erbauen. Der zweifelhafte große Zahl machte uns die Arbeit ganz besonders schwer und jede arbeitsbereite Hand war wertvoll, denn es galt schwere Hindernisse zu überwinden. Es gehörte der ganze Mut und die Begeisterung, die der Mensch in jungen gefunden Jahren als hohes schönes Gut besitzt, dazu, um auszuhalten und durch unermüdete Arbeit kleine bescheidene Erfolge zu erringen.

Bei diesen Anfängen und bei den mühseligen Sammlungen für einen Agitationsfonds, der durch Sammelbons zusammengetragen werden mußte, hat auch Kollege Glarner als Hamburger Vorsitzender geholfen. Als wir in Berlin die Hauptentscheidung treffen wollten, ob ein Kongreß zur Verbandsgründung einberufen werden sollte, da entsandten die Hamburger Kollegen einen Vertreter, der uns zu diesem Beschluß kräftigen und ermutigen sollte. Und als dann die erste Tagung im Mai 1898 in Berlin stattfand, da hatte der junge Verband an den Hamburger Vorstand unter Adolf Glarners Leitung eine kräftige Stütze.

Im Laufe der Jahre haben wir, je nach Lage der Verhältnisse, wohl die Taktik ändern müssen, es konnte auch zu Meinungsverschiedenheiten kommen, aber die Arbeit führte uns immer wieder zusammen und ein Nachtragen über Meinungsverschiedenheiten gab es bei Glarner nicht. Uns leitete ja derselbe Wunsch, für die Kollegenschaft die denkbar besten Erfolge zu erringen und die Arbeit trug gute Früchte.

Als Vorsitzender und Ganleiter war Adolf Glarner ein fleißiger und opferbereiter Kollege, der gern alle Mühen der Kleinarbeit trug, um seinen Kollegen zu nützen, wo er konnte.

Wenn wir ein solches Mitglied verlieren, dann blicken wir zurück und anerkennen die geleistete Arbeit und das Verdienst für unsere gute und schöne Sache. Mit der Hamburger Kollegen-schaft betrauern wir den zu früh Verstorbenen und werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Verbandsvorstand.

Rück- und Ausblick.

II.

Im Malergewerbe mußte schließlich durch die Unparteiischen ein zentraler Schiedspruch gefällt werden, der sich an die Schiedsprüche der einzelnen Gaue anlehnte. Der Schiedspruch brachte für die Gehilfen Lohnerhöhungen von 5, 6 und 7 Pf., für einige Orte eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer lehnten aber den Schiedspruch ab, während er auf dem außerordentlichen Verbandstag der Maler mit großer Mehrheit angenommen worden war. Die Unternehmer befähigten mit ihrem Vorgehen die längst gehegten Vermutungen, daß es ihnen um die Erhaltung des gewerblichen Friedens und um die Herbeiführung geordneter tariflicher Verhältnisse gar nicht zu tun war. Sie erhofften vielmehr von einer Generalausperrung die Zertrümmerung der verhassten Arbeiterorganisation, um desto ungefährter an die Ausbeutung der ungeschützten Arbeitskraft zu gehen. Auch glaubten sie anfangs, daß die Tarifbewegung im Baugewerbe einen ihnen günstigen Ausgang nehmen würde. Die Ausperrung im Malergewerbe kam — der erhoffte Erfolg aber blieb für die Unternehmer aus. Am 8. März sollte die Ausperrung durchgeführt sein, in der zweiten Woche erreichte die Zahl der Ausgesperrten ihren Höchststand mit 15 700 Gehilfen, am 10. Mai betrug die Zahl nur noch 9570. Und am 15. Mai wurde auf Veranlassung der Unternehmer in neue Verhandlungen eingetreten, die schließlich zu einem Schiedspruch führten, der den zuerst gefällten im wesentlichen bekräftigte. Diesem Schiedspruch stimmten die Unternehmer nun auch zu. Während sie erst erklärt hatten, die „wirtschaftliche Lage des Malergewerbes“ sei durch den Schiedspruch unberücksichtigt gelassen worden, weshalb sie ihn ablehnen

mußten, erbrachten sie durch ihre Aussperrtut den Nachweis, daß ihr Gewerbe eine noch viel höhere Belastung ertragen konnte. Das hätten sich die Unternehmer ersparen können, und zu tariflichen Zuständen wären sie auf viel billigere Art gekommen.

Der Kampf im Baugewerbe, der anfangs unvermeidlich schien, konnte doch nach langen wiederholten Verhandlungen vermieden werden. Ein von den Unparteiischen entworfenes Vertragsmuster wurde zur Grundlage für die örtlichen Verhandlungen genommen. Am 1. Mai wurde dann durch Schiedsprüche für alle Vertragsgebiete, in denen eine Einigung nicht erzielt worden war, eine Entscheidung herbeigeführt. Zu diesem Ergebnis der Verhandlungen hatten die Vertragsparteien nun Stellung zu nehmen. Auf den außerordentlichen Verbandstagen der drei in Frage kommenden Arbeiterorganisationen, Bauarbeiterverband, Zentralverband der Zimmerer und christlicher Bauarbeiter, fanden die Ergebnisse eine überwältigende Mehrheit, obwohl die unzureichenden Zugeständnisse eine scharfe Kritik geübt wurde. Die eingetretene Lohnerhöhung von 3 bis 6 Pf. pro Mann und Stunde waren auch nicht dazu angetan, allzugroße Befriedigung auszulösen. Ausschlaggebend für die Annahme der Ergebnisse war auch der Umstand, daß sie ohne langwierige Kämpfe zustande gekommen waren. Diese hätten ungeheure Opfer gekostet und kaum andere Erfolge gezeitigt. Die Arbeiterschaft braucht gewiß nicht den ihnen ausgedrungenen Ausperrungen oder großen Lohnkämpfen aus dem Wege zu gehen. Dazu ist sie zu gut vorbereitet und die Mitglieder zu diszipliniert. Wo aber die zwingende Notwendigkeit nicht vorhanden und ein annehmbarer Abschluß durch Verhandlungen möglich ist, da bleiben die vorhandenen Mittel besser für schwere Zeiten aufgespart.

Dieser Grundsatz verdient um so mehr Beachtung, als der Zusammenschluß im Unternehmerlager immer enger und fester wird. Zu Anfang des Jahres 1913 vollzog sich die Verschmelzung der großen Zentralorganisationen der Unternehmer: die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände beschlossen den Zusammenschluß für den 4. April unter dem Namen „Vereinigung der

Deutschen Arbeitgeberverbände“. Natürlich trat diese neue Zentralstelle der Unternehmerverbände alsbald mit einer reaktionären Erklärung gegen die Sozialdemokratie hervor. Später gingen die organisierten Unternehmer noch einen Schritt weiter und gründeten eine „Arbeitsgemeinschaft“ mit dem Bund der Landwirte und den rückschrittlichen Mittelständlern. Dieses „Kartell der schaffenden Arbeit“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Aufstieg der Arbeiterklasse noch mehr zu erschweren, die Sozialpolitik ganz lahmzulegen und die Vorrechte der Besitzenden sicherzustellen. Die Treiber gegen das Koalitionsrecht bekommen so immer mehr System und der reaktionäre Feldzug gegen die Sozialpolitik richtete sich immer mehr gegen eine besonders wichtige Forderung, gegen die Forderung einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung.

Die Werftarbeiterbewegung, die von den beteiligten Organisationen sorgfältig vorbereitet war, nahm durch das vorzeitige Einschreiten der Werftarbeiter einen unvorhergesehenen und unerwünschten Ausgang. Die Verbände der Metallarbeiter, Maschinisten und Feizer, Holzarbeiter, Kupfer Schmiede, Maler, Schiffszimmerer und Fabrikarbeiter reichten den Werftverwaltungen am 17. Juni die Forderungen ein. Die Werftverwaltungen versuchten die Verhandlungen zu verschleppen und erklärten zunächst, daß erst der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zu den Forderungen Stellung nehmen müsse. Am 4. und 8. Juli kam es zu resultatlosen Verhandlungen. Das Angebot der Werftbesitzer lautete schließlich dahin, daß die Einstellungsgehälter in den Betrieben, in denen seit Oktober 1910 keine Erhöhung eingetreten sei, um 2 Pf. erhöht werden. Die Stundenlöhne aller Arbeiter erhöhen sich ab August 1913 um 1 Pf. und ab April 1914 um 1 Pf. Lohnzahlung soll überall am Sonnabend erfolgen, alles übrige bleibt unverändert. Diesem Angebot versagten die Arbeiter ihre Zustimmung, weil es ganz unzureichend war, sie vertrugen sich auch von weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern keinen Erfolg, zumal diese erklärt hatten, unter keinen Umständen weitere Zugeständnisse machen zu wollen. So glaubten die Werftarbeiter sich zum Streik berechtigt, obwohl die Antwort der Unternehmer auf die Erklärung der Verbands-

Die Technik der modernen Zeitungsillustration.

III.

Nach der Beendigung des Lezprozesses kommt die Walze in die Tiefdruckmaschine, wo der Druck sofort beginnen kann, da der Kupferdruck im Gegensatz zum Hochdruck keiner Zurichtung bedarf. Die dünnflüssige Farbe wird vom Farbtafen aus mittels einer rotierenden Walze auf den Zylinder übertragen. Auch diese Farbe ist seit 1910 verbessert worden. Die ersten nach dem Verfahren von Dr. Mertens hergestellten Probebrüche waren mit einer öligen Farbe gedruckt, die ein langsameres Laufen der Maschine und ein häufiges Auswaschen der Walze notwendig machte und daher für den Zeitungsdruk nicht gut geeignet war. Diese Uebelstände mußten beseitigt werden, und jetzt ist es der Farbenchemie auch gelungen, eine in der Praxis brauchbare Farbe für den Rotationsdruck herzustellen.

Endlich wurde auch das Katalinmesser bezw. die Mechanik, mit der es ununterbrochen auf der Kupferwalze hin- und hergeführt wird, wesentlich vervollkommen. Es streicht jetzt von dem sich ständig drehenden Zylinder alle überschüssige Farbe vollständig ab, ohne die Walze zu verletzen oder abzuschleifen, so daß auf letzterer nur die durch die Abkugung geschaffenen feinen Vertiefungen des Bildes mit Farbe gefüllt bleiben. Das endlose Rollenpapier wird nun, während es über den Zylinder läuft, durch eine rotierende Gummiwalze auf die Grabüre gepreßt, wodurch die Farbe aus letzterer herausgehoben wird. Diese Uebertragung des Bildes vom Zylinder auf die endlose Papierbahn wiederholt sich bei jeder Umkehrung des ersten. Soll das Papier auf beiden Seiten bedruckt werden, dann gelangt es, nachdem es ein Trockenwerk passiert hat, mit seiner

Rückseite über eine zweite Kupferwalze, von der die Uebertragung des Bildes auf die Papierbahn in derselben Weise erfolgt wie bei der ersten. Nachdem die Papierbahn mit den Illustrationen versehen ist, läuft sie weiter in die Buchdruckrotationsmaschine, wo sie mit dem Text bedruckt wird und aus der dann die illustrierten Zeitungen fertig gefalzt und abgezählt wie bei jeder anderen Rotationsmaschine hervorgehen.

Neben dem Tiefdruck ist der Autotypie bezw. dem Hochdruck auf dem Gebiete der Zeitungsillustration in den letzten Jahren auch im Flachdruck ein scharfer und sehr leistungsfähiger Konkurrent entstanden. Die Verwendung des Flachdruckes zum Illustrieren von Zeitungen ist durch die von Kapfer Hermann in Leipzig konstruierte Universal-Offset-Schön- und Wiederdruckmaschine für Rollenpapier möglich geworden.

Maschinen mit rotierendem Druckträger sind auch im Flachdruck schon seit Jahren in Gebrauch. Man hat sogar zylinderförmige bezw. walzenförmige Lithographiesteine hergestellt und für den Rotationsflachdruck verwendet. Aber erst durch die Verwendung von Zink- oder Aluminiumplatten als Ersatz für den Lithographiestein ist die rationelle Lösung dieses Problems möglich gewesen. Diese Metallplatten werden, nachdem die zu vervielfältigenden Bilder, Zeichnungen usw. vom Originallithographiestein auf sie übergedruckt worden sind, nach ihrer Präparierung in der Rotationsmaschine um einen Zylinder gespannt. Ein aus Feuchtwalzen bestehendes Feuchtwerk besorgt die Feuchtung der Platte. Da Fett das Wasser abstößt, nehmen alle mit der fettigen Ueberdruckfarbe bedeckten Stellen der Platte, also die Striche und Punkte der Zeichnung, keine Feuchtung an, die demnach nur die von dem Farbfett freien Stellen der Platte trifft. Hierauf wird letztere in einem Farbwerk durch Farbwalzen mit der zu verdruckenden Farbe versehen, die selbst fettig ist und daher von den Strichen

und Punkten der Zeichnung auf der Platte willig aufgenommen wird, während sie auf den gezeichneten Stellen nicht haftet. Infolge dieses einfachen chemischen Vorganges, der den Gegensatz von Fett und Wasser für den Druckprozeß geschickt ausnützt, braucht die Zeichnung auf der Platte weder hoch noch tief gedrückt zu werden. Der Vorgang kennzeichnet das Wesen des chemischen Flachdruckes. Nachdem die fest aufgespannte Zinkplatte auf dem rotierenden Zylinder gezeichnet und im Farbwerk eingewalzt worden ist, wird der Papierbogen auf den Druckträger gepreßt, von dem er die Farbe abhebt. So vollzieht sich der Abdruck der Zeichnung vom Druckträger auf das Papier. Die Feuchtung, Einfärbung und der Abdruck wiederholen sich bei jeder Umkehrung des Druckzylinders mit einer Geschwindigkeit, die den Gang der gewöhnlichen Steindruckmaschinen mit planer Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten bei weitem übersteigt.

Aber beim direkten Druck von der Platte auf das Papier machen sich doch allerlei Uebelstände bemerkbar, die auf die chemischen und mechanischen Einwirkungen des Papiers auf den Druckträger zurückzuführen sind. Diese nachteiligen Einflüsse sind um so größer, je rauher die verdruckten Papiere sind. Diese Platte beginnt nach und nach zu tonen, das heißt auch die von den Strichen und Punkten der Zeichnung freien Stellen nehmen einen Schimmer von Farbe an und dieser Ton gelangt beim Abdruck auf das Papier. Besonders aber leidet auch die Zeichnung nach und nach. Den Druck von Auflagen in unbeschränkter Höhe von einem Druckträger läßt der direkte Druck von der Platte auf das Papier also nicht zu. Eine fast vollständige Beseitigung dieser Uebelstände gelang mit der Einführung des sogenannten Offset- oder Abkatscherfahrens.

Dieses beruht darauf, daß die Rotationsmaschine durch einen zweiten, mit einem Gummi-

vorstände noch nicht vorlag. Spontan brach der Streik auf den Werften aus, der am 14. Juli durch die Hamburger Werftarbeiter eingeleitet wurde und schon nach kurzer Zeit etwa 36 000 Werftarbeiter umfaßte. Diesem übereilten Schritt der Werftarbeiter traten die Vorstände der beteiligten Organisationen mit einer einmütigen Erklärung entgegen, in der sie die Verweigerung der Unterstützung und die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit ausprägten. Die Streikenden blieben jedoch nicht ohne Mittel, die aus freiwilligen Beiträgen und lokalen Kassen gezahlt wurden. Eine außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes als des größten beteiligten Verbandes billigte die Haltung der Vorstände, und bewilligte den Streikenden die Unterstützung unter der Bedingung des sofortigen Arbeitsantritts. Wohl fiel den Mitgliedern diese Bedingung außerordentlich schwer, aber die gewerkschaftliche Disziplin forderte von ihnen die Beachtung des Verbandsratsbeschlusses. Den Verbandsleitungen blieb kein anderer Weg, wenn anders sie bei allen zukünftigen Tarifbewegungen und Verhandlungen ernst genommen werden wollten; sie konnten es auch nicht zulassen, daß die Mitglieder dem Gang der Verhandlungen vorgreifen und die bewährte Tarifpolitik und Taktik der Organisationsleitung durchkreuzen. Die Werftarbeiter fügten sich, wenn auch widerstrebend, dem Beschluß des außerordentlichen Verbandsrates — und nun zeigte sich der edle Sinn des selbstherrlichen Unternehmertums: durch die Arbeitsnachweise wurde eine Schilane und Auswahl der Arbeitererschaft durchgeführt, die dazu angetan war, die Werftarbeiter zu neuen Schritten der Erbitterung hinzureißen. Doch kam es dann dank der vortrefflichen Disziplin der Werftarbeiter zu keinen größeren Zwischenfällen, die Organisationen aber werden aus dem höchst unangebrachten Verhalten der Werkverwaltungen die nötigen Schlüsse ziehen und ihnen bei kommenden Bewegungen mit der größten Energie begegnen. —

So wurden durch das Eingreifen der Arbeiterorganisationen, durch die strenge Disziplin der Arbeiter und mit Hilfe der bei den verschiedenen Tarifverhandlungen mittelbaren unparteilichen Unparteilichen schwere und nachhaltige Erschütterungen des Wirtschaftslebens vermieden und ein

tatkräftiges Fortschreiten einer gesunden Tarifpolitik der Gewerkschaften erreicht. Und auf diesem Wege gilt es in Zukunft fortzuschreiten, zumal die Gestaltung der Machtverhältnisse die Taktik der örtlichen Kämpfe mehr und mehr unwirksam gemacht hat. Die Bewegungen werden immer mehr zu Massenbewegungen und erfordern die volle Tatkraft und Disziplin der Mitglieder.

Aus dem Genossenschaftsleben.

In Nieder-Mobau, einem kleinen Dorf im Großherzogtum Hessen, bestand ein Spar- und Kreditverein, der von einem betrügerischen Sachwalter unter kolossaler Ueberschuldung zum Bankrott gebracht wurde; er zog noch mehrere mit ihm in Verbindung stehende Genossenschaften in den Zusammenbruch hinein und brachte dadurch auch die schon jahrelang unter dem Namen Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank in Darmstadt bestehende genossenschaftliche Zentralkasse zur Liquidation. Durch diese Auflösung sind etwa drei Millionen Mark an Aktienkapital und Reserven verloren gegangen. Dadurch ist natürlich eine starke Beunruhigung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften eingetreten, die weit über Hessen hinausreicht, und es fand auch eine genaue Untersuchung dieser genossenschaftlichen Mißerfolge statt; anstatt aber nun die Organisationsfehler sowie die haarsträubende Mißachtung genossenschaftlicher Grundsätze als Ursachen der Krise anzuerkennen und auf dem Boden der Selbsthilfe Ordnung zu schaffen, riefen die hessischen ländlichen Genossenschaften nach Staatshilfe — und die Staatshilfe kam!

Der „Fall Nieder-Mobau“ würde unser Genossenschaftsleben, soweit es sich im Zentralverband Deutscher Konsumvereine konzentriert, nicht weiter beunruhigen, wenn nicht so verschiedene Dinge geradezu zum Vergleich ansetzen würden.

Regierung und gesetzgebende Körperschaften in Hessen hielten es nämlich im Jahre 1911 für notwendig, die Genossenschaften der Konsumenten mit drückenden Sonderabgaben in Form von Umsatz- und

Filialsteuern zu belegen; dieselbe Regierung aber und die gleiche Volksvertretung haben für die ländlichen Genossenschaften die Staatshilfe zur Hand. Der Zentralkasse der ländlichen Genossenschaften wurde ein Darlehen von einer Million Mark gewährt und ihr weiter ein Kredit von zwei Millionen eröffnet. Allerdings geht mit der Staatshilfe auch die Staatsaufsicht losnorm und der Staatskommissar ist befugt, an den Sitzungen der Verwaltungsorgane, sowie an den Generalversammlungen mit beratender Stimme teilzunehmen, und seine Aufsicht erstreckt sich überhaupt auf den gesamten Geschäftsbetrieb der Zentralkasse.

Soweit die pekuniäre Unterstützung der Regierung in Betracht kommt, ist dieser Vorgang nicht neu, in Preußen z. B. ist die Zentralgenossenschaftskasse vom preussischen Staate mit einem Stammkapital von 75 Millionen Mark ausgerüstet; auch hier werden die Konsumgenossenschaften durch Sondersteuern in ihrer Entwicklung gehemmt, während den landwirtschaftlichen Genossenschaften billiger Kredit auf Kosten der Steuerzahler beschafft wird. Aber trotz der pekuniären Beihilfe hat man hier doch noch nicht die Staatsaufsicht eingeführt, und nun sieht zu besichtigen, daß man in anderen Staaten dem Beispiel Hessens folgen und den Staatskommissar in das Genossenschaftswesen hinein setzen wird, und das könnte für das Selbstverwaltungsrecht und die Selbstverantwortung in den Genossenschaften gefährlich werden.

Das Genossenschaftsgesetz bestimmt die Haftpflicht der Mitglieder, deren Zustimmung zur vorgelegten Bilanz und die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder in der Generalversammlung; es verpflichtet den Vorstand „zur Wahrnehmung der Geschäfte mit der Sorgfalt eines vorichtigen Geschäftsmannes“ und macht den Aufsichtsrat mitverantwortlich für die Tätigkeit des Vorstandes. Es verpflichtet ferner die Genossenschaft zu einer mindestens alle zwei Jahre vorzunehmenden Revision durch einen sachverständigen, eventuell vom Gericht zu bestimmenden Revisor, jedoch kann die Genossenschaft sich der staatlichen Kontrolle ent-

der rotierenden Zinkplatte als Druckträger erfolgt nun der Druck nicht mehr unmittelbar auf das Papier, sondern auf das Gummituch des zweiten, gegen den ersten rotierenden Zylinders, das natürlich infolge seiner Nachgiebigkeit und Glätte den eigentlichen Druckträger weit weniger angreift als das viel härtere und rauhere Papier. Erst von dem Gummituch wird die Zeichnung auf das Papier abgegeben. Der Druck auf das Papier erfolgt demnach durch die Vermittelung des mit dem Gummituch bespannten zweiten Zylinders, der die Zeichnung vom Druckträger empfängt und der sie dann erst auf das Papier überträgt. Dadurch wird der Druck auf den Druckträger außerordentlich gespart und der Druck von Hiesenaufgaben auch auf ganz rauhe und ganz geringwertige Papiere beim schnellsten Gange der Maschine ermöglicht.

Dieses Offsetdruckverfahren hat nun der erwähnte Kapfer Hermann für die Illustration von Zeitungen durch Flachdruck bei Benutzung von Zeitungsrollenpapier verwendbar gemacht. Er verband gewissermaßen zwei Offsetrotationsmaschinen miteinander. Seine Maschine enthält zwei Plattenzylinder und die dazu gehörigen beiden Gummituchzylinder. Letztere sind so angeordnet, daß sie einander unmittelbar gegenüberstehen und gegeneinander rotieren. Die Papierbahn wird von der Papierrolle zwischen diesen beiden Gummituchzylindern durchgeführt, die dabei die von ihren entsprechenden Plattenzylindern übernommene Zeichnung gleichzeitig auf das Papier übertragen, das also dadurch auf beiden Seiten zu gleicher Zeit bedruckt wird. Die Papierbahn kann nun aus dieser Rotationsmaschine in eine mit ihr verknüpfte Buchdruckrotationsmaschine weiterlaufen, um dort den Satz aufzunehmen; sie kann aber auch direkt zu einem Satz- und Schneideapparat geführt werden, durch den dann die fertigen Exemplare direkt aus der Buchdruckrotationsmaschine hervorgehen. Letztere ist natürlich nicht nur für die Bedruckung von

Zeitungspapier, sondern wie jede andere Offsetpresse für jede bisher in den Steindruckpressen hergestellte einfarbige Flachdruckarbeit verwendbar. Die Höhe der Auflage ist fast unbeschränkt, die Leistungsfähigkeit ganz enorm, da bis zu 12 000 Zylinderumreibungen, d. h. also ebensoviel fertige Drucke in der Stunde erzielt werden können. Die Linien und Striche der Zeichnung werden auch auf das geringste und rauheste Papier in ihrer ganzen Feinheit und Schärfe übertragen. Beim Druck von Illustrationen nach Halbtonoriginalen oder Photographien kann der Kasten, durch den die Halbtöne bei der Kopie auf die lichtempfindlich gemachte Druckplatte in druckfähige Punktöne zerlegt werden, infolge der Verwendung des den Druckträger schonenden Offsetverfahrens äußerst feinmaschig sein. Bei der Verwendung von rauhem Zeitungspapier sind die Kastenlinien fast gar nicht mehr zu sehen; die Halbtöne wirken insoweit fast ebenso ruhig und geschlossen wie ein guter Lichtdruck. Die für dieses Druckverfahren erforderliche Einrichtung ist bedeutend billiger als die für den Zeitungsdirektdruck, so daß es besonders für kleinere Betriebe, die auf die gute Ausstattung der Zeitungen mit Illustrationen jeder Art Wert legen, außerordentlich dankbar ist.

Es kommt hinzu, daß die Presse auch den Druck von Satz ermöglicht, und zwar gleichzeitig mit dem der Illustrationen, natürlich nicht nach dem Prinzip des Hochdruckes, sondern ebenfalls nach dem des Flachdruckes. Vom Satz, gleichviel ob Maschinen- oder Handsatz, müssen in diesem Falle Fettdruckabzüge auf Ueberdruckpapier hergestellt werden in derselben Weise wie von irgendeiner Lithographie. Vor dem Ueberdruck auf den Druckträger muß der Satz aber getönt, also von dem ersten Fettabzug auf anderes Ueberdruckpapier abgezogen werden, da er sonst beim indirekten Druck mit Hilfe des Offsetverfahrens verkehrt (als Spiegelbild) auf das Druckpapier ge-

langen würde. Nach dem Kontern erfolgt der Ueberdruck auf die Zinkplatte gleichzeitig mit den Illustrationen und in derselben Weise wie bei letzteren. Nach der Präparierung der Platte erfolgt dann der Druck so, wie wir es bereits geschildert haben. Da jeder Druckträger mehr als die vierfache Größe einer Zeitungssseite hat und Vorder- und Rückseite des Papiers gleichzeitig bedruckt werden, lassen sich also mit der Hermannschen Maschine bis zu 12 000 achtfache Zeitungen, die ohne Zuhilfenahme einer Buchdruckrotationsmaschine nicht nur mit Illustrationen, sondern gleichzeitig auch mit Text bedruckt sind, in der Stunde herstellen.

Uebrigens ist auch in der Tiefdruckrotationsmaschine der gleichzeitige Druck von Bildern und Schrift ohne die Verwendung einer Buchdruckrotationsmaschine durchführbar, indem der Satz in ähnlicher Weise wie die Illustrationen auf die Kupferwalze übertragen und tiefgeätzt wird.

Die vorstehenden Ausführungen werden jedenfalls einen Begriff von den Umwälzungen gegeben haben, die im Zeitungswesen durch die Entwicklung der Illustrationstechnik und des Vielfachdrucks in den nächsten Jahren bevorstehen. Durch die hervorragende Hebung der Qualität der Zeitungsimpression und durch den durchaus künstlerischen Charakter, den sie besonders durch die Aufbarmachung des Tiefdruckes, aber auch durch die Verwendung des Flachdruckes für die Ausschmückung der Zeitungen mit Bildern erhalten hat, ist es möglich geworden, nicht nur die Schönerung der Tagesereignisse durch musterartige Illustrationen zu beleben, sondern auch durch die Verbreitung guter Bilder mit Hilfe der Tagespresse künstlerisch erziehend und geschmackbildend zu wirken.

Paul Barthel.

ziehen, wenn sie einem gerichtlich anerkannten Revisionsverband angehört.

Wenn nun das Gesetz in einigen seiner Bestimmungen nicht immer mit dem heutigen Entwicklungsstande der Konsumgenossenschaften in Einklang zu bringen ist, so werden sich diese doch hüten, eine Aenderung des Gesetzes zu beantragen; denn ob es aus den Händen unserer gesetzgebenden Körperschaften wieder in einer so demokratischen Form herauskommen wird, läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen billig bezweifeln. In Hessen hat man den Anfang dazu gemacht, den demokratischen Charakter des Gesetzes zu zerstören, und so ist es nicht ausgeschlossen, daß dies der Ausgangspunkt zu einer Aenderung werden kann, unter der auch die streng auf dem Boden der Selbsthilfe stehenden Konsumgenossenschaften zu leiden haben würden.

Ein Beispiel völlig ungerechtfertigter Steuerbedrückung liefert die Hamburger „Produktion“, die seit circa zwei Jahren einen Rechtsstreit zur Abwendung der ihr freundlichst zugedachten Umsatzsteuer führt. Bei der damaligen Festsetzung der Steuer wurde ohne weiteres ein Einkommen der Genossenschaft von acht Prozent des Umsatzes angenommen, und dieses sollte mit neun Prozent versteuert werden, das bedeutet also eine Umsatzsteuer von fast 17 Prozent. Nachdem der Protest dagegen die verschiedensten Instanzen passiert hat, ist er jetzt auch im Plenum der Hamburger Bürgerschaft durchgesprochen und ist dort abgelehnt worden. Die Steuer soll also zu Recht bestehen bleiben und die Vertretung der Hamburgischen Bevölkerung hat sich für die Fortdauer des Unrechts ausgesprochen. Die „Produktion“ hat sich ja nun durch ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft der ungerechten Besteuerung entzogen und die beschlossene Steuer kann nur für das Jahr 1911 erhoben werden, aber es zeigt doch für den Geist, der gegen die Konsumgenossenschaften herrscht, daß die reiche hamburgische Hansestadt den Armen der Bevölkerung, die sich zusammengeschlossen haben, um durch gemeinsamen Einkauf Ersparnisse zu erzielen, diese Ersparnisse verstreuen muß. Die Steuer wirkt um so ungerechter, als z. B. alle anderen Genossenschaften, Warenhäuser, Filialgroßgeschäfte usw. davon verschont bleiben.

Wieder einmal läßt sich die seltene Tatsache konstatieren, daß eine Behörde vorurteilsfrei die genossenschaftlichen Bestrebungen ihrer Beamten beurteilt. Der Verband sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine hat an die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen eine Eingabe gerichtet, worin er nicht mehr als die Auflösung der Beamtenkonsumvereine verlangte. Die Antwort lautete dahingehend, daß die Eisenbahnverwaltung den Konsumvereinen sächsischer Eisenbahnbediensteten gegenüber völlige Neutralität geübt und jede Begünstigung vermieden hat und diese Stellung auch weiter einnehmen wird. Dem Ersuchen jedoch, das Unternehmen aufzulösen, könne die Direktion nicht entsprechen, weil nach den bestehenden Gesetzen den Staatsbahnenbediensteten genau so wie anderen Staatsbürgern das Recht zusteht, sich zur wohlfeilen Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse zusammenzuschließen.

Diese Antwort ist den Antragstellern von Herzen zu gönnen, wenn man selbst sich zusammenschließt, um seine wirtschaftlichen Interessen besser wahrnehmen zu können, so soll man nicht anderen den Weg dazu versperrt wollen. Leider treffen solche eigennützigen Anträge nicht immer auf solche objektiven und korrekten Behörden, wie die sächsische Eisenbahndirektion, und leider wird auch noch oft ein Unterschied gemacht zwischen Beamten- und sogenannten Arbeiterkonsumvereinen. Aber die Arbeiter werden sich trotzdem nicht abhalten lassen, zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage die genossenschaftliche Organisation in Anspruch zu nehmen. Solche Krisenzeiten, wie die jetzige, drängen geradezu zum Anschluß an die Konsumgenossenschaften. G. e. t.

Korrespondenzen.

Braunschweig. In der am 11. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Sparenberg den Rassenbericht für das 3. Quartal 1913, den die Revisoren bestätigten, worauf die Entlastung einstimmig erteilt wurde. In seinem Vorstandsbericht hob Kollege Sparenberg besonders hervor, daß es in letzter Zeit durch intensive Hausagitation gelungen ist, mehrere Kollegen und Kolleginnen der Organisation zuzuführen. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des Vorstandes mit wenigen Ausnahmen. Durch Umfrage entschieden sich die Mitglieder für die Abhaltung eines Maskenballes, der am 7. Februar in den Gambriushallen stattfinden soll. Um nicht, wie in früheren Fällen, mit einem Defizit abschließen zu müssen, wird eine zahlreiche Beteiligung erbeten. Mit einem Appell an die Mitglieder, in der Agitation für den Verband nicht zu erlahmen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Eingeg. 17. 1.)

Stendal. Am 17. Januar hielt die Zahlstelle Stendal ihre Hauptversammlung ab, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Nach langer Zeit ist es gelungen, die Zahlstelle wieder lebensfähig zu machen. Durch das Verhalten des früheren Vorstandes geriet die Zahlstelle ins Wanken und es hatte den Anschein, als ob sie aufgäbe würde, aber durch das rechtzeitige und tatkräftige Eingreifen der Stendaler Buchbruder erholte sich die Zahlstelle wieder und brachte es in kurzer Zeit auf einen Mittellagerstand von 14 Kollegen. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und ermahnte die Mitglieder, fest zusammen zu halten, worauf auch unsere Bezirksleiterin, Kollegin Woffe-Magdeburg, noch mit allem Nachdruck hinwies; denn gerade die Altmark ist es, wo in organisatorischer Hinsicht noch viel geleistet werden muß. Aus dem Rassenbericht erlah man, daß der jetzige Vorstand sehr umsichtig verwirklicht hat. Die Vorstandswahl ging allmählich vor sich. Als erster Vorsitzender wurde Otto Reinhardt, als Kassierer Paul Trommer wiedergewählt. Das Amt des Schriftführers übertrug man der Kollegin Frau Süß. Ferner wurde beschlossen, sich dem Kartell anzuschließen und der Kollegin Schmidt das Amt eines Kartellbelegierten zu übertragen. Um die Lokalkasse zu stärken, wurde einstimmig beschlossen, einen monatlichen Extra-Beitrag von 10 Pf. zu erheben. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die gut verlaufene Versammlung. (Eingeg. 20. 1.)

Rundschau.

Ein Nachspiel zur Tarifbewegung in Wiesbaden. Kollege E. stand während des Ausstandes der Wiesbadener Kollegenschaft vor einer der bestreikten Druckereien als Streikposten und machte den Hilfsarbeiter Gerner, der als Klausurist bei einer Firma eingesprungen war, auf das Verwerfliche seines Tuns aufmerksam. Er rebete ihm u. a. zu, er möge doch einsehen, daß für den geringen Lohn ein Mensch nicht arbeiten könne, er solle jetzt auf ihn hören, denn am Abend ständen andere Streikposten auf dem Platz, die erster mit ihm reden würden. Der Vorfall war beobachtet worden und Gerner wurde auf das Bureau der Firma bestellt, wo er veranlaßt wurde, Strafantrag zu stellen. Er selbst hätte aus eigener Initiative niemals Strafantrag gestellt. Das Schöffengericht sah in dem freundlichen Zureden des E. eine Drohung und verurteilte den Angeklagten zu drei Tagen Gefängnis mit der Begründung, daß die Arbeitswilligen vor dem Terror der Streikenden geschützt werden müßten. Vor der Strafkammer schränkte der Kronzeuge Gerner seine Aussage wesentlich ein. Er gab zu, daß die Anrede des Angeklagten so gelautet habe, wie dieser angab. Er habe sie aber damals als eine Drohung aufgefaßt. Rechtsanwalt Weber machte darauf aufmerksam, daß von einer Drohung hier gar keine Rede sein könne. Die Aerzte hatten jüngst in breiter Öffentlichkeit ihren Kollegen, die etwa im Interesse der leidenden Menschheit Verträge mit den Krankenkassen abschließen wollten, erklärt, daß sie nicht eher ruhen würden, bis sie wieder brotlos seien. Diese Drohung habe schwarz auf weiß in allen Zeitungen gestanden. Sie sei von gebildeten Leuten ausgegangen, die wohl übersehen und beurteilen konnten, was sie sagten. Keine Volksgel, kein Staatsanwalt verfolge die Drohung. Im Falle des Angeklagten handele es sich um einen Kampf um die Verbesserung denkbar niedrigster Löhne. Die Worte würden dabei nicht so genau abgewogen, man dürfe sie nicht so streng auffassen. Die Strafkammer sah wohl auch noch eine Drohung

in den Worten des Angeklagten, ermäßigte aber die Strafe auf einen Tag Gefängnis mit dem Bemerkten, daß leider nicht auf eine Geldstrafe erkannt werden könnte, man solle es mit einem Gnabensuch versuchen. Der Verteidiger erklärte aber, daß man mit Gnabensuchen in Streiprozessen kein Glück habe. Das Gericht sprach darauf die Empfehlung des E. auf eine Amnestieliste aus.

Neue Broschüre der Buchgewerbe-Ausstellung. Eine neue Auflage der kleinen Broschüre der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung Leipzig 1914 ist soeben vom Literarischen Bureau der Ausstellung in erweitertem Umfang und besserer Ausstattung herausgegeben worden. Als Neuheit bringt sie besonders eine ausführliche Schilderung der zahlreichen bedeutenden Sonderausstellungen, die dem Ganzen angeschlossen sind, ferner einen genauen Bericht über die Beteiligung der fremden Staaten, von denen sich bisher Oesterreich, Frankreich, Rußland, England, Italien, die Schweiz, Holland, Dänemark, Portugal, die Türkei, Argentinien, Siam, Amerika usw. angemeldet haben, während mit den übrigen auch außereuropäischen Staaten ausföhrliche Verhandlungen schweben. Auch die Veränderungen und Vergrößerungen, die auf dem alten Ausstellungslande vorgenommen sind, wie auch die neuen Unterhaltungsstätten in dem großen Vergnügungspark werden in Wort und Bild geschildert.

Briefkasten.

A. Sch., München. Da zu einer solchen „Erklärung“ im Verlaufe der Diskussion keinerlei Anlaß gegeben wurde, unterbleibt natürlich ihre Veröffentlichung.

Adressenveränderungen.

Gera-Neuß.
Vorsitzender: Karl Schmid, Alte Schloßgasse 11 (Neuß. Tribüne).
Kassierer: Franz Berner, Alte Schloßgasse 11 (Neuß. Tribüne).
Unterstützungen werden nur Freitags von 12—1 Uhr mittags ausgezahlt.

Abrechnungen.

Das vierte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:
Gau 2: Cassel 85.73, Mainz 80.94 Mf.
Gau 3: Karlsruhe 30.— Mf.
Gau 4: Regensburg 21.77 Mf.
Gau 5: Dresden 1746.18 Mf.
Gau 6: Erfurt 153.64, Halle 514.70 Mf.
Gau 7: Sittichberg 46.45 Mf.
Gau 8a: Brandenburg 150.15 Mf.

S. Lobaht.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Bilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Leipzig

Sonnabend, den 31. Januar 1914
im „Volkshaus“, Zeitzerstraße 32



Großer Humor- Abend



und Kappen-Fest

unter Mitwirkung des Leipziger
Bunten Theaters . . . Nach den
Vorträgen: Großer Festball

Programm im Vorverkauf 25 Pfg., an der
Kasse 30 Pfg. Kappe gratis

Einlaß 1/2 7 Uhr . Anfang 1/2 8 Uhr

Zu diesem heiteren und genussreichen Abend
ladet freundlich ein

Das Festkomitee und Vorstand

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 4.

Berlin, den 24. Januar 1914.

20. Jahrgang.

Kassenbericht vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1913.

Das dritte Quartal 1913 brachte uns 1221 Mitgliebertaufnahmen, darunter befinden sich 508 männliche und 713 weibliche Personen. Ausgeschieden sind 338 männliche und 832 weibliche, zusammen 1170 Mitglieder. Von den Mitgliedern meldesten sich 1438 während 23 735 Tagen als arbeitslos. Es waren dies 733 männliche mit 19 000 Tagen und 705 weibliche mit 9735 Tagen. Krank waren 1914 Mitglieder während 44 654 Tagen, darunter 654 männliche mit 14 736 Tagen und 1260 weibliche mit 29 918 Tagen.

Die Einnahmen dieses Quartals stellten sich auf 83 217,24 M., die Ausgaben betragen 75 426,60 M., so daß ein Ueberschuß von 7790,64 M. verblieb, der mit dem Kassenbestande des vorigen Quartals die Summe von 124 448,69 M. ergibt.

Von der gesamten Unterstützung in Höhe von 41 295,30 M. entfallen auf Arbeitslosenunter-

stützung 24 533,90 M., auf Krankenunterstützung 13 418,85 M.; darunter befinden sich 13,50 M., die aus der Hauptkasse an Einzelmitglieder gezahlt sind. Für Streits sind 1424,62 M. verausgabt und zwar 1033,12 M. direkt aus der Hauptkasse und 391,50 M. in den Zahlstellen. Die Unterstützung Gemäßigter erforderte 207,05 M. Für Rechtschutz sind 19,88 M. an Mitglieder gezahlt. Die Wöchnerinnenunterstützung betrug 1240,— M. In außerordentlichen Notfällen sind 151,— M. an Mitglieder gegeben, und für andere Gewerkschaften wurden 300,— M. verausgabt.

Von den Agitationskosten entfallen 639,04 M. auf die Gaue, 651,57 M. auf die Zahlstellen und 313,90 M. auf den Verbandsvorstand.

Die Zeitung verursachte eine Ausgabe von 6823,32 M. und zwar 5330,25 M. an Druckkosten

und Expedition, 843,07 M. an Mitarbeiter und 650,— M. Gehalt für Redaktion.

Von den Verwaltungsausgaben kommen 1044,36 M. auf die Zahlstellen; 1399,95 M. sind im Verbandsvorstand für Bureaumiete, Bureaureinigung, Telephon, Verwaltungsmaterial usw. verausgabt. Für Sitzungen sind 386,15 M. und für Portis 96,89 M. ausgegeben. Ferner sind 282,28 M. Kartellbeiträge an einzelne Zahlstellen gezahlt. Von den Druckkosten kommen 200,— M. auf Quittungsmarken und 311,— M. auf Flugblätter und Formulare.

Von den am Quartalschlusse vorhandenen Vorschüssen sind 1879,97 M. in den Zahlstellen bei der Abrechnung verblieben, während 2353,57 M. neu hinzugekommen sind.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1913.

Einnahmen			Ausgaben		
	Mark	Pf.		Mark	Pf.
An Saldo-Vortrag vom 30. September 1913	116 658	05	Per Unterstützungen	41 295	30
„ Eintrittsgeld: 149 Marken à 20 Pf.	29,80	M.	„ Agitationskosten	1 604	51
„ „ 311 „ „ 30	93,30	„	„ Kongreß- und Delegationskosten	373	30
„ „ 229 „ „ 40	91,60	„	„ Druck, Redaktion und Expedition der „Solidarität“	6 823	32
„ „ 208 „ „ 50	104,—	„	„ Gehälter und Remunerationen	11 738	50
„ „ 148 „ „ 60	85,80	„	„ Verwaltungsausgaben	3 209	63
			„ Projekte der Zahlstellen	3 872	42
„ Beiträgen: 10 851 Marken à 20 Pf.	2 170,20	M.	„ Druckkosten	511	—
„ „ 29 594 „ „ 30	8 878,20	„	„ Krankenkassen- und Versicherungsbeiträge	1 137	08
„ „ 24 964 „ „ 40	9 985,60	„	„ Vor- bzw. Zuschüsse	4 233	54
„ „ 30 321 „ „ 50	15 160,50	„	„ Beitrag an die Generalkommission	628	—
„ „ 69 923 „ „ 60	41 953,80	„	Saldo pro 1. Januar 1914	124 448	69
Zurückgezahlte Vorschüsse	3 360	76			
Sonstige Einnahmen	1 303	68			
Summa	199 875	29	Summa	199 875	29

Heinrich Rodahl, Verbandskassierer.

Vorstehende Abrechnung ist auf ihre Richtigkeit mit Büchern, Belegen und mit der Kasse geprüft und in Ordnung gefunden.

Berlin, den 19. Januar 1914.

Die Revisionskommission:

Hermann Schmidt. Luise Hentschke. Emil Günther.

Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen für das 3. Quartal 1913.

Mit der Hauptkasse verrechnet in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1913.

Zahlstellen	Mitgliederzahl am Schluß des 3. Quartals			Einnahmen										Ausgaben																			
	männliche	weibliche	zusammen	Vorschüsse vom vorigen Quartal		Eintrittsgeld		Beiträge		Zuschüsse und sonstige Einnahmen		Summa		An die Hauptkasse gefandt				Unterstützung für				Agitationskosten	Projekte der Zahlstellen	Gehälter und Remunerationen	Sonstige Ausgaben	Verbliebene Vorschüsse							
				M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.						M.	Pf.					
Gau I.																																	
Düsseldorf	12	18	25	—	—	1	30	86	90	—	—	88	20	52	10	29	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Elberfeld	25	18	33	—	—	8	—	236	10	36	—	275	10	65	34	28	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Essen	17	8	25	—	—	—	—	90	186	—	—	187	80	136	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Wien	47	7	54	70	—	—	—	287	—	—	—	—	—	394	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Zusammen	101	41	142	70	—	12	30	706	90	36	—	885	20	253	32	82	30	109	85	—	—	20	—	108	53	—	—	235	52	81	18		
Gau II.																																	
Cassel	16	30	46	—	—	—	—	160	10	—	—	160	10	63	77	16	20	36	85	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Darmstadt	22	48	70	—	—	—	—	388	50	—	—	340	10	129	35	75	35	49	65	—	—	20	—	2	50	—	—	—	—	—	—		
Frankfurt a. M.	94	51	145	—	—	—	—	940	80	600	—	1400	20	—	—	199	60	100	25	61	—	20	—	133	50	64	50	554	—	141	98		
Mainz	47	71	118	40	—	—	—	453	70	—	—	504	20	—	—	68	60	64	80	—	—	80	—	48	65	—	—	—	—	—	—		
Zusammen	179	200	379	40	—	21	50	1803	10	600	—	2464	60	193	12	359	75	245	55	61	—	80	—	184	65	64	50	554	—	829	89	392	14

